

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 65 (1990)

Heft: 3

Artikel: Sicherheitspolitik 90

Autor: Fäh, Paul

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-713977>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitik 90

Von Nationalrat Paul Fäh, Luzern

Sicherheitspolitik ist – allgemein gesagt – die auf ein Ziel ausgerichtete Reaktion auf eine Bedrohung.

Die Zielsetzung dürfte klar sein: Wir alle wollen den Frieden; wir wollen grösstmögliche Freiheit und Unabhängigkeit; wir wünschen uns Schutz im Katastrophenfalle.

Das heutige **Bedrohungsbild** ist vielgestaltig. Zudem entwickelt und ändert es sich. Voraussetzungen sind deshalb fehleranfällig. Ich wage es dennoch, auf einige Hauptprobleme hinzuweisen.

● Internationale Spannungen entschärfen sich einerseits, andererseits drohen Verschärfungen. Gewisse Mächte verlieren an Einfluss; andere gewinnen an Macht. Im Ost-West-Verhältnis ist zweifellos eine gewisse Entspannung eingetreten. Ob diese Entspannung von Dauer ist und ob nicht Spannungen im Verhältnis zur islamischen Welt stärker werden, wird die Zukunft weisen. So oder so: **macht-politische Bedrohungen** können sich zwar ändern; existieren werden sie aber weiterhin.

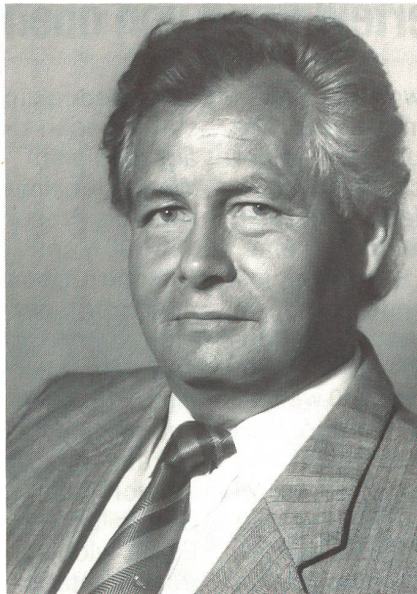
● Die vorhandenen Truppenpotentiale und Waffenarsenale erlauben jederzeit eine verdeckte oder offene Konflikt- oder Kriegführung. Die **militärische Bedrohung** ist daher nach wie vor Realität. Daran ändern auch die begrüssenswerten Abrüstungsvorschläge vorerhand wenig. Vergessen wir nicht, dass die Welt nicht nur aus Ost und West besteht. Waffen, die ruhen, können rasch wieder in Bewegung versetzt werden. Vorschläge sind noch keine Abrüstung. Auch ein tieferes Bestandes- und Rüstungsniveau bewirkt noch keine Null-Bedrohung.

● Die Weltbevölkerung nimmt – vor allem in Nicht-Industrieländern weiterhin massiv zu. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht führt – wenn nicht international ein wirksames Gegenmittel gefunden werden kann – zu einer modernen Völkerwanderung. Die **demografische Bedrohung** wächst. Ein *«Arbenz»* dürfte in Bälde nicht mehr genügen.

● Wirtschaftlich sind wir eng mit dem Ausland vernetzt und in gewissen Bereichen – zum Beispiel Rohstoffe und Energie – auch stark von ihm abhängig. Handelserschwerisse, Ressourcenverknappung oder gar -sperrungen brächten uns in Schwierigkeiten. Wirtschaftliche Bedrohung ist nach wie vor möglich.

● Stichworte wie Ozonloch, Treibhauseffekt, Giftmüll-Tourismus, Meeresverschmutzung und Abholzung der Regenwälder weisen auf drohende oder sich bereits abspielende weltweite Umweltkatastrophen hin. Mit einer ernsthaften **ökologischen Bedrohung** ist zu rechnen.

● Hi-Tech-Infrastruktur ist leicht verletzbar. Industrielles chemisches und radioaktives Gefährdungspotential ist vorhanden. Wir laufen Gefahr – der rasanten Entwicklung wegen –, die Technologie nicht mehr vollauf zu beherrschen. Die **technologische Bedrohung** ist



ein Preis für unsere Entwicklung. Und dass wir auch durch **Naturereignisse** bedroht sind, erleben wir in regelmässigen Abständen.

● Der Privatismus ist im Vormarsch. Gemeinsinn, Toleranzdenken und Solidarität sind im Abnehmen begriffen. Die Wahrheit über Aids wird von vielen verdrängt. Dem Drogenproblem stehen wir recht hilflos gegenüber. **Gesellschaftspolitische Bedrohungen** machen uns zu schaffen.

Konzept und Umschreibung der Sicherheitspolitik

Nicht alles, was ich als Bedrohung bezeichne, ist bereits Bedrohung. Zum Teil sind es erst ernsthafte Probleme, die den Keim der Bedrohung in sich tragen. Dennoch: die Bedrohungspalette gibt Anlass zur Besorgnis. Ob wir die Probleme zu meistern vermögen? Ich weiss es nicht, aber ich hoffe es. Zumindest versuchen müssen wir es. Die Schweiz hat ihr Möglichstes dazu beizutragen, international und innenpolitisch. Man hüte sich aber davor, unsere Möglichkeiten zu über- wie auch zu unterschätzen.

Angesichts des Bedrohungsbildes stellen sich zwei Fragen:

- Ist unsere Sicherheitspolitik noch richtig konzipiert?
- Entsprechen unsere Gesamtverteidigungsmassnahmen der Bedrohungslage?

Unsere **heute gültige Sicherheitspolitik** ist vom Bundesrat wie folgt definiert:

«Die Selbstbehauptungsprobleme, die sich aus der friedlichen Veränderung der Umwelt (zum Beispiel Umweltschutz) und aus den gesellschaftlichen Entwicklungen (zum Beispiel Auswirkungen des wachsenden Wohlstandes) ergeben, sind Gegenstand der täglichen politischen Auseinandersetzung; sie werden hier (das heisst im Bericht über die Sicherheitspolitik) nicht behandelt. Hingegen be-

treffen die Probleme, die durch feindliche Absichten und direkten oder indirekten Einsatz von Gewalt entstehen, unsere Selbstbehauptung im engeren Sinne. Sie sind Gegenstand unserer (sicherheitspolitischen) Strategie.»

«Wie die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik usw. ist auch die Sicherheitspolitik ein Teil der Gesamtpolitik der Schweiz. Das besondere Merkmal dieses Teilgebietes der Politik besteht darin, dass mit ihr das Entstehen einer Bedrohung unseres Landes verhindert oder eine bevorstehende oder eingetretene Bedrohung zielgerichtet gemeistert werden soll.»

Soweit die offizielle Umschreibung des Begriffs Sicherheitspolitik. In der Praxis werden Teile des sicherheitspolitischen Instrumentariums längst auch für Katastrophenhilfe in Friedenszeiten eingesetzt.

Seit einiger Zeit ist nun die Diskussion darüber im Gange, ob die Sicherheitspolitik, wie bisher, begrenzt zu definieren sei oder ob sie nicht, ausgerichtet auf alle wesentlichen Bedrohungsformen gesamtheitlicher zu verstehen sei. Der Bundesrat wird in seinem Bericht zur Sicherheitspolitik dazu Stellung nehmen. Ich meine dazu folgendes:

In der Theorie sind beide Definitionen denkbar. In der Praxis aber hat die bisherige begrenzte Definition unbestreitbar Vorteile. Denn Sicherheitspolitik muss sich auch in die Tat umsetzen lassen. Dazu benötigt man Mittel und Organisationsformen, zusammengefasst unter dem Oberbegriff *«Gesamtverteidigung»*. Das Instrumentarium lässt sich nicht problemlos ausweiten. Täte man dies dennoch, so widerspräche dies den Grundsätzen der Führungs- und Verwaltungslehre. Zudem zeigen europäische Vergleiche, dass Sicherheitspolitik überall gleich oder ähnlich wie in der Schweiz verstanden wird.

Sicherheitspolitik hat sich daher weiterhin mit jenen Problemen zu beschäftigen, die ihre **Ursache in feindlichen Absichten** haben. Sicherheitspolitik hat sich mit machtpolitischen

Sollen die weltpolitischen Umwälzungen unsere Sicherheitspolitik verändern?

Der vorliegende Artikel über die Sicherheitspolitik 90 wurde dem *«Schweizer Soldat»* im Juni vergangenen Jahres zugestellt. Neuerdings wird von Politikern u.a. verlangt, dass vor einem Entscheid über die Beschaffung von modernen Kampfflugzeugen die Sicherheitspolitik überprüft und allenfalls vom Bundesrat neu formuliert werde. Sie glauben, es wären militärische Bedrohungen der Schweiz denkbar, welche eine wirkungsvolle Verteidigung des Luftraumes nicht mehr möglich oder nicht mehr notwendig machen könnten. Wenn unsere Sicherheitspolitik wirklich so schlecht und unter den Ereignissen der Wirren der Zeit so rasch veränderlich wäre, könnte sie kaum als ernsthafte staatliche Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage genommen werden. Ich halte dafür, dass die Sicherheitspolitik und die Gesamtverteidigungsmassnahmen als Ganzes und in den wichtigsten Teilen nach wie vor ihre Gültigkeit haben. Darum veröffentlichen wir zum Überlegen und Denken, wohl etwas verspätet, den nach wie vor so hochaktuellen Beitrag von Nationalrat Paul Fäh.

Der Redaktor

Bedrohungen auseinanderzusetzen; sie hat die Bevölkerung – so gut es geht – vor militärischen und wirtschaftlichen Bedrohungen (sofern letztere mit feindlichen Absichten gekoppelt sind) zu schützen. Neu hat aber auch – und zwar offiziell – **der Schutz von technologischen und Naturkatastrophen** Teil der Sicherheitspolitik zu sein.

Ich betone, ich halte die demographische, die ökologische und die gesellschaftspolitische Bedrohung für äusserst ernsthaft. Es ist daher auch Aufgabe der Politik, sich schwergewichtig damit auseinanderzusetzen. Aber es kann und es soll dies nicht Aufgabe der Sicherheitspolitik sein. Diese Bereiche sind primär durch die Ausländerpolitik, die Umweltpolitik und die Gesellschaftspolitik abzudecken. Gesamtschau und Koordination sind dabei durch ein der Sache gerecht werdendes Management sicherzustellen. Elemente der Gesamtverteidigung können beigezogen werden. Wichtig und entscheidend ist, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln dort gehandelt wird, wo es not tut.

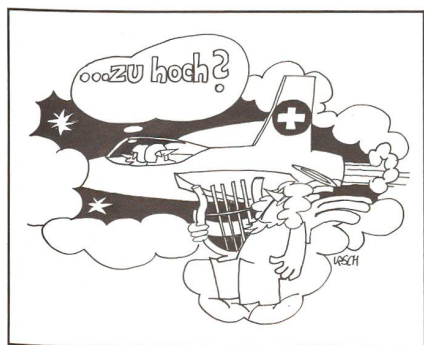
Unsere Sicherheitspolitik ist nach wie vor richtig konzipiert. Sie ist von Zeit zu Zeit, im Rahmen der Definition, zu aktualisieren. Der Bereich «Katastrophenhilfe in Friedenszeiten» ist auch offiziell zu integrieren.

Die Massnahmen der Gesamtverteidigung

Gesamtverteidigung umfasst die Bereiche Aussenpolitik, militärische Landesverteidigung, engerer ziviler Bereich enthaltend Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, Staatsschutz und Information sowie die für das Funktionieren notwendigen speziellen Koordinationsmassnahmen und Führungsorgane.

Diese Bereiche ermöglichen eine Verwirklichung der Sicherheitspolitik. Sie sind durch Bereiche, die in der Katastrophenhilfe eine Rolle spielen (zB Wehrdienste) zu ergänzen. Weitere Ergänzungen drängen sich nicht auf. Notwendig ist hingegen eine periodische Anpassung an sich ändernde Verhältnisse und Bedürfnisse.

● Die **Aussenpolitik** – streng genommen zählt dazu nur der sicherheitspolitische Teil unserer Aussenpolitik – ist der ausgreifende, offensive Teil unserer Sicherheitspolitik. Der Bundesrat hat in seinem Bericht über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz (vom 29. 6. 88) über seine vielfältigen Aktivitäten und über seine Zukunftsabsichten informiert. Die Schweiz tut viel – weit mehr als viele wahrhaben wollen – in diesem Bereich. Sie kann noch mehr tun; wird noch mehr tun. Die Bundesräte Felber und Villiger haben dies mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben.



● Aufgabe der **militärischen Landesverteidigung** und damit der Armee ist es, primär Konflikte durch ihre Präsenz zu verhindern; wenn aufgezungen Krieg zu führen sowie im Katastrophenfall den zivilen Instanzen zu helfen. Der Einsatz zugunsten von Ruhe und Ordnung im Innern ist vor allem gegen Gewalt in feindlicher Absicht auszurichten. «*Konferenzen-Schutz*» ist eine selbstverständliche Notwendigkeit. Hingegen wäre für mich ein Einsatz aus rein innenpolitischen Schwierigkeiten «*das letzte*». Unsere Armee kann ihre Aufgabe nur dann optimal erfüllen, wenn Einsatzdoktrin und Organisation von Zeit zu Zeit der Bedrohungslage angepasst werden. Dies ist geschehen. Dies geschieht weiterhin. Das Konzept «*Armee 95*» ist Beweis dafür.

● Es hiesse den Kopf in den Sand stecken, zu meinen, der **Zivilschutz** sei umstritten. Bei einem Teil der Bevölkerung steht er – wie die Armee – in der Kritik. Sein Image ist nicht das allerbeste. Folgende Gründe scheinen mir dafür verantwortlich:

- Pflichten sind nie sonderlich beliebt.
- Bedrohungen werden lieber verdrängt, als dass man sich ihnen stellt.
- Die Qualität der Ausbildung und Information ist unterschiedlich.
- Der Einsatz zur Katastrophenhilfe in Friedenszeiten ist vielerorts noch nicht optimal.

Gewisse Ursachen lassen sich nur schwer ändern. Zivilschutz kann nicht zum Liebling der Nation umfunktioniert werden. Wenn es ihm aber gelingt, durch vermehrten Einsatz von Profis Ausbildung und Information weiter zu verbessern, und vor allem wenn er – im Rahmen der bestehenden Konzeption und Organisation – mit Schwergewicht seinen Einsatzanteil zur Katastrophenbewältigung in Friedenszeiten vorantreibt, dann bessert sich sein Image. Die Verantwortlichen wissen dies. Sie sind daran, obige Erkenntnisse in die Tat umzusetzen.

● Die **wirtschaftliche Landesversorgung** ist ein Sonderfall. Im Gegensatz zu übrigen Bereichen der Gesamtverteidigung wirkt sie subsidiär zum privaten Partner, zur Wirtschaft. Massnahmenkonzepte stehen. Probleme ergeben sich immer wieder in den Details. Stichwortartig seien genannt:

- Landesversorgungsdienst ist kein Pflichtdienst. 8000 Funktionäre arbeiten freiwillig. Dies im Unterschied zur Armee oder zum Zivilschutz. Dies hat Vorteile, aber auch Nachteile (zB Entschädigung, Priorität der Dienstpflicht).
- Der EG-Binnenmarkt 93 könnte auch unsere Landesversorgung – zB im Bereich «*Pflichtlager*» – vor Probleme stellen.
- Die lange Massnahmen-Vorbereitungszeit verunmöglicht zum Teil wirksame Sofortmassnahmen.

● Lücken bestehen im **Staatsschutz**, also in jenem nicht-militärischen und nicht-aussenpolitischen Bereich, der durch Objektschutz (aktiv und passiv) das Funktionieren des Staates sicherzustellen hat. Absoluten Staatsschutz gibt es nicht. Unsere Möglichkeiten sind begrenzt. Aber es gibt einen optimalen, auf die Bedrohungslage (indirekter Konflikt) ausgerichteten Staatsschutz. Genauer gesagt: es müsste ihn geben. Denn so weit sind wir noch nicht. Konzept, einheitliche Führung und genügend geeignete Mittel fehlen.

● **Information** ist ein wichtiges Führungsmittel. Ernstfälle und Übungen zeigten, dass man nicht einfach dem Krisenmanagement ein alltägliches Informationskonzept überstülpen kann. Notwendig ist ein krisenangepasstes Informationsmanagement. Nur so lässt sich mit Information führen.

● Vorbereitungsaufgaben in den Bereichen **staatliche Führung und Verwaltung in ausserordentlichen Lagen sowie Koordinierte Dienste** sind aufwendig, zeitraubend und nicht einfach. Teilweise haben wir – dank periodischen Übungen – einen befriedigenden bis guten Stand erreicht. Teilweise sind wir noch nicht so weit.

Unsere Massnahmen im Bereiche der Gesamtverteidigung entsprechen zum grossen Teil der sicherheitspolitischen Bedrohungslage. Es wurde und wird von allen Verantwortlichen gute Arbeit geleistet. In allen Bereichen sind aber Lücken vorhanden. Dies ganz einfach deshalb, weil sich nicht alle Probleme auf einmal lösen lassen, weil sich die Verhältnisse ändern und weil sich die Gesamtverteidigung – logischerweise – diesen Veränderungen anzupassen hat.

Anpassungen im Armeebereich

«*Armee 95*» – mit den strukturellen Anpassungen, mit einer ausgreifenden Sicherheitspolitik, mit Strukturverbesserungen im Bereich der Katastrophenhilfe und mit den neuen Akzenten in der operativen Kampfführung – wird Einfluss auf alle Gesamtverteidigungsbereiche haben. Personell und konzeptionell öffnen sich neue Möglichkeiten. Vielleicht lässt sich gar auf diesem Weg eine Art **Gesamtverteidigungspflicht** wieder in Erwägung ziehen. Zumindest darüber diskutieren müsste man. Viele Probleme in den Bereichen wirtschaftliche Landesversorgung, Staatsschutz, Information, Koordinierte Dienste und Staatsführung in ausserordentlichen Lagen liessen sich nämlich elegant lösen, wenn Nicht-(mehr) Wehrdienstpflichtige in allen Bereichen der Gesamtverteidigung eingesetzt werden könnten. Nun, bis diese Diskussion beginnt, wird noch etwas Zeit vergehen. Es scheint mir in diesem Zusammenhang wichtig, dass man über die Sicherheitspolitik und die Gesamtverteidigung im Bild ist und dass man die Zukunftsvorstellungen kennt.

«Wenn eine politische Konzeption – und das gilt nicht nur für die Sicherheitspolitik – keine feste Verankerung im Bewusstsein und im Willen einer breit abgestützten Mehrheit hat, ist sie auf die Dauer in einer Demokratie nicht lebensfähig.» ■■

Wille zur Durchsetzung

An der Durchsetzung können alle die so notwendigen und nützlichen Bemühungen um Verminderung der Friktion nichts abmarkten. Das steht im Vordergrund: ich habe als Chef meinen Willen dem Ziele entgegenzutreiben. Wenn ich zugebe, dass ein anderer Wille an die Stelle des meinen tritt, so habe ich als Vorgesetzter resigniert.
Divisionär Edgar Schumacher (1897 bis 1967)